

Zweite Tarifrunde des Öffentlichen Dienstes der Länder beginnt am Montag

GdP: Mangelnde Wertschätzung für die Beschäftigten des ÖD

Kiel/Schülp – Heute Nachmittag beginnt die zweite Tarifrunde für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes der Länder. Auch der Landesvorstand der Gewerkschaft der Polizei Schleswig-Holstein kritisiert die ungenügende Gesprächsbereitschaft der Arbeitgeberseite. Bei einer Sitzung am Freitag in Schülp machte sich Unmut breit, nachdem Matthias Paulke als Vertreter der schleswig-holsteinischen Tarifkommission die bisherige Sprachlosigkeit der Vertreter der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) erläutert hatte. Der GdP-Landesvorstand teilt die Kritik des für Tarifpolitik zuständigen Mitglieds des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes.

Mit einer Protestaktion unterbrachen die GdP-Vertreter aus ganz Schleswig-Holstein ihre Sitzung (Foto).

„Das Verhalten der Arbeitgeberseite macht in der Tat die mangelnde Wertschätzung für die Beschäftigten des ÖD deutlich. Das gleichzeitige Ansinnen, erst bei Einwilligung der Arbeitnehmerseite in Gespräche über eine Veränderung des Eingruppierungssystems und damit beabsichtigten Herabgruppierungen in Gehaltsgespräche einzusteigen, kann von Gewerkschaftsseite nur abgelehnt werden“, sagte Matthias Paulke.

Die Arbeitgeber seien offenbar nicht bereit, die Leistung der Beschäftigten anzuerkennen oder die Preisentwicklung zur Kenntnis zu nehmen. „Das ist ein fatales Signal an die Arbeitnehmenden, die während der Pandemie Herausragendes geleistet haben. Sie haben mit viel Einsatz und hoher Motivation den Laden am Laufen gehalten“, rief Paulke in Erinnerung.

„Mit unserer Protestaktion wollen wir den Tarifvertretern der Gewerkschaft der Polizei für die schwierigen Verhandlungen den Rücken stärken“, erklärte der GdP-Landesvorsitzende Torsten Jäger.

Die Gewerkschaften fordern für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst der Länder eine Einkommenserhöhung um 5 Prozent, mindestens aber 150 Euro bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Beschäftigte des Gesundheitswesens sollen tabellenwirksam monatlich 300 Euro mehr erhalten. Die Ausbildungsvergütungen sollen um 100 Euro angehoben werden.

Foto: Thomas Gründemann

Der Landesvorstand

